

München, 31.08.2016

SPD-Tierschützer Woerlein verlangt Reform der Schlachtkontrollen

Zustände in bayerischen Schlachthöfen sind „erschütternd“ - Parlamentarische Anfragen sollen umfassende Bestandsaufnahme ergeben

Die durch eine offizielle Studie bekanntgewordenen miserablen Zustände in bayerischen Großschlachthöfen müssen nach Ansicht des SPD-Tierschutzexperten **Herbert Woerlein** Anlass für eine umfassende Reform sein. „Wenn in 72 Prozent der untersuchten Schweineschlachtereien gravierende Abweichungen von den rechtlichen Vorgaben festgestellt wurden, ist das alarmierend! Und bei den Rinderschlachtbetrieben sieht es mit 60 Prozent erheblichen Beanstandungen kaum besser aus.“ Selbst der Präsident des bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Andreas Zapf, spricht von „erschütternden“ Ergebnissen.

Woerlein sorgt sich um das Leid der Schlachttiere, die zu einem großen Teil ohne die vorgeschriebene Betäubung getötet wurden und dabei erhebliche Schmerzen erlitten. Er arbeitet deshalb an einer umfassenden Bestandsaufnahme der Zustände in den Schlachthöfen, der staatlichen Kontrollen und der rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten. Dafür hat er zwei umfangreiche parlamentarische Anfragen zur [Rolle der Veterinärämter](#) und zu den [rechtlichen Vorgaben in den Schlachthöfen](#) an die Staatsregierung gestellt. Konkret geht es um das Verhalten der Amtsveterinäre als Kontrolleure der Betriebe, um die rechtlichen Folgen von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz, um die Ausbildung der Schlachtereimitarbeiter und um die Information der Bevölkerung über Missstände.

Der schwäbische Landtagsabgeordnete befürchtet, dass an den Schlachthöfen „die staatliche Kontrolle komplett versagt hat“. Zugleich mahnt er härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz an: „Die bislang möglichen Bußgelder sind lächerlich. Davon lässt sich keiner der Betriebe beeindrucken. Wir müssen dieses stumpfe Schwert im Kampf für den Tier- und Verbraucherschutz deutlich schärfen. Wir brauchen eine Reform, die das Tierwohl und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln besser in Einklang bringt. Die derzeitigen Zustände sind eines zivilisierten Landes wie Bayern unwürdig.“